

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 48 | 29.11.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

PLATZ FÜR DICH!

Wissenschaftliche ProjektmitarbeiterInnen gesucht.

Das Law Lab des Linz Institute of Technology (LIT) bietet engagierten, innovationsbegeisterten Juristinnen und Juristen den idealen Platz, rechtswissenschaftliche Forschung am Puls der Zeit zu erleben und mitzugestalten.

Alle Informationen zur Stellenausschreibung und Bewerbung finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 344/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz über die Ermächtigung des Bundesamtes für **Fremdenwesen** und **Asyl** gemäß § 31a Abs. 9a ASVG

[BGBl II 345/2019](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamtes beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der der **Kollektivvertrag** des **Österreichischen Roten Kreuzes** 2019 zur Satzung erklärt wird

[BGBl II 346/2019 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres betreffend den **Frauenförderungsplan** des Bundesministeriums für Inneres geändert wird

[BGBl II 349/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der zur Durchführung von wissenschaftlichen Versuchen eine von der Bestimmung des § 38 Abs. 2b und 6 StVO abweichende Ausführung von Lichtsignalanlagen für zulässig erklärt wird (**Verkehrsversuchsverordnung Dosiersystem Lermooser Tunnel**)

[BGBl II 350/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung 1967 geändert wird (**66. Novelle zur KDV 1967**)

[BGBl III 209/2019](#)

Kundmachung der Bundeskanzlerin betreffend den Staatsvertrag vom 21. August 1916 zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Schweiz über die Beglaubigung der von den **öffentlichen Behörden Österreichs** oder der Schweiz ausgestellten oder **beglaubigten Urkunden**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 301 v 22.11.2019, 1](#)

Beschluss (EU) 2019/1934 des Rates vom 18. März 2019 über die Unterzeichnung des Protokolls zum Kooperationsabkommen über ein **ziviles globales Satellitennavigationssystem** (GNSS) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Republik Korea** andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien und Rumäniens zur Europäischen Union im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

[ABI L 304 v 26.11.2019, 16](#)

Beschluss (EU) 2019/1949 des Rates – im Einvernehmen mit der gewählten Präsidentin der Kommission – vom 25. November 2019 zur **Annahme der Liste** der anderen Persönlichkeiten, die der Rat als **Mitglieder der Kommission** vorschlägt, und zur Aufhebung und Ersetzung des Beschlusses (EU) 2019/1393

[ABI L 305 v 26.11.2019, 1](#)

Richtlinie (EU) 2019/1936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zur Änderung der Richtlinie 2008/96/EG über ein **Sicherheitsmanagement** für die **Straßenverkehrsinfrastruktur**

[ABI L 305 v 26.11.2019, 17](#)

Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum **Schutz von Personen**, die **Verstöße** gegen das **Unionsrecht** melden

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

23.09.2019, [E 1138/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status der **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend eine Familie irakischer Staatsangehöriger; mangelnde Berücksichtigung der Minderjährigkeit im Rahmen von Art 2 und Art 3 EMRK

23.09.2019, [E 1944/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung der **Asylanträge** einer Familie irakischer Staatsangehöriger; mangelnde Auseinandersetzung mit dem Fluchtvorbringen

23.09.2019, [E 2018/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend irakische Staatsangehörige; Unterlassung von Ermittlungstätigkeiten und Ignorieren des

Parteivorbringens zur Verfolgung als Bloggerin und wegen westlichen Lebensstils; Minderjährigkeit zum Zeitpunkt der Antragsstellung für Familienangehörigeneigenschaft auch bei nunmehriger Volljährigkeit maßgeblich

24.09.2019, [V 67/2018](#)

StVO; Gesetzwidrigkeit einer VO der BH Imst betreffend einer **Schneekettenpflicht** auf der Fernpass Straße; keine ordnungsgemäße Kundmachung durch Anbringung eines Straßenverkehrszeichen betreffend das Ende der verkehrsbeschränkenden Maßnahme

24.09.2019, [E 4241/2018](#)

Wr MindestsicherungsG; Verletzung im Gleichheitsrecht auf Grund der **Abweisung eines Antrags auf Leistungen** nach dem Wr MindestsicherungsG; grobe Verkennung des Aufenthaltsrechts einer Unionsbürgerin; Gewährung von tatsächlichem Unterhalt vor Vollendung des 21. Lebensjahres nicht erforderlich

24.09.2019, [A 10/2019](#)

VwGVG; Abweisung einer Klage auf **Ersatz geleisteter Verfahrenskosten** auf Grund bereits erfolgter Rückzahlung durch das Land Tirol; Zuspruch von Zinsen ab dem Zeitpunkt des Verzugs; kein Ersatz der Prozesskosten vor dem VfGH mangels Obsiegens im größeren Teil der Forderung

24.09.2019, [V 48/2019 ua](#)

Tir RaumordnungsG; Aufhebung einer Tiroler VO betreffend den Tag der erstmaligen elektronischen **Kundmachung von Flächenwidmungsplänen** mehrerer Stadtgemeinden sowie des Flächenwidmungsplans der Gemeinde Kirchberg in Tirol mangels gesetzlicher Grundlage

24.09.2019, [E 159/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung des **Status des Asylberechtigten** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; Begründungsmängel betreffend die Unglaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens und die Berücksichtigung der aktuellen Lage in Bagdad

24.09.2019, [E 1478/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der **Nichterteilung eines Einreisetitels** durch die Österreichische Botschaft für einen Minderjährigen, dessen Vater Asyl gewährt wurde; keine gesetzliche Grundlage für aufgestelltes Erfordernis des Nachweises der Zustimmung einer obsorgeberechtigten Person im Herkunftsstaat vorhanden

24.09.2019, [E 2330/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Aberkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen; Unzulässigkeit der Neubeurteilung eines rechtskräftig entschiedenen Sachverhalts im Hinblick auf das Bestehen familiärer Anknüpfungspunkte in Kabul

24.09.2019, [E 2576/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Zurückweisung wegen entschiedener Sache hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** für einen afghanischen Staatsangehörigen; keine Auseinandersetzung mit den aktuellen UNHCR-RL zur Kabul

03.10.2019, [E 3247/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens betreffend die **Rückkehrentscheidung** gegen einen Staatsangehörigen der Russischen Föderation; Verletzung hinsichtlich des Familienlebens mit – als Flüchtlingen anerkannten – russischen Töchtern und Ehefrau; besonders intensiver Eingriff in Familienleben, weil dessen Fortsetzung im Herkunftsstaat aussichtslos erscheint und die Aufrechterhaltung per Telekommunikation lebensfremd ist

09.10.2019, [E 500/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen; keine ausreichende Auseinandersetzung mit dem Gesundheitszustand

14.11.2019, [E 4038/2019](#)

AsylG; Abweisung eines **Verfahrenshilfeantrags** zur Einbringung einer Beschwerde wegen **Versäumung der Beschwerdefrist** als aussichtslos; Maßgeblichkeit des tatsächlichen Einlangens auf Grund Einrechnung des Postlaufs in die Beschwerdefrist bei nicht ordnungsgemäßer Adressierung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

26.09.2019, [Ra 2018/10/0074](#)

Oö MindestsicherungsG; **Oö MindestsicherungsVO**; **Beihilfen zur Abdeckung der Kautions** sind als weitere Leistungen iSd § 14 Abs 1 Oö MindestsicherungsG iVm § 2 Oö MindestsicherungsVO anzusehen; schon im Hinblick darauf, dass der Verordnungsgeber ausdrücklich Beihilfen (sogar) zur Anschaffung des erforderlichen Hausrats vorsieht, ist nicht zu erkennen, dass im Falle der Bereitstellung dieses Hausrats durch den Vermieter eine diesbezügliche abverlangte Kautions – immer unter der Voraussetzung, dass diese zur Abdeckung des Wohnbedarfs mangels (kostengünstiger) Alternativen unerlässlich ist – grundsätzlich nicht als eine im Einzelfall erforderliche weitere Leistung anzusehen ist

09.10.2019, [Ra 2019/16/0134](#)

AEUV; dem EuGH wird folgende **Frage zur Vorabentscheidung** vorgelegt: Ist die **Position 8705 der Kombinierten Nomenklatur** dahingehend auszulegen, dass stangenlose Krafffahrzeuge mit einer Zugwinde mit Gurtzugvorrichtung zum Ziehen und einer elektrohydraulischen Hebevorrichtung zum Schieben von Flugzeugen unter diese Position fallen?

24.10.2019, [Ra 2019/03/0058](#)

EisenbahnG; **EisenbahnkreuzungsVO**; das **VwG** hat seine **Entscheidung** grundsätzlich an der zum Zeitpunkt seiner Entscheidung maßgeblichen Sach- und Rechtslage auszurichten; liegen jedoch bereits konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass es in absehbarer Zeit zu einer **Änderung des maßgeblichen Sachverhalts** kommen wird und ist es in der Lage, sich über die Auswirkungen dieser Änderung ein hinlängliches Bild zu machen, dann ist auf derartige Entwicklungen bei der Entscheidung Bedacht zu nehmen; diese Verpflichtung gilt in besonderer Weise in einem Verfahren zur Festlegung der Art der Sicherung einer Eisenbahnkreuzung, verpflichtet doch § 5 Abs 1 EisenbahnkreuzungsVO die Behörde bzw gegebenenfalls das VwG ausdrücklich dazu, bei der Entscheidung ua „auf die absehbare Entwicklung des Verkehrs auf der Bahn und auf der Straße“ abzustellen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

27.11.2019, [Rs C-402/18, *Tedeschi und Consorzio Stabile Istant Service*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 und 56 AEUV – Öffentliche Auftragsvergabe – Richtlinie 2004/18/EG – Art 25 – **Unter-aufträge** – Nationale Regelung, mit der die Möglichkeit der Vergabe von Unteraufträgen auf **30 % des Gesamtwerts** des öffentlichen Auftrags beschränkt wird und die es untersagt, die Preise der an Unterauftragnehmer vergebenen Leistungen um mehr als 20 % gegenüber den sich aus dem **Zuschlag ergebenden Preisen** zu senken

[28.11.2019, Rs C-591/18 P, Brugg Kabel und Kabelwerke Brugg/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Europäischer Markt für Erd- und Unterwasserstromkabel – Aufteilung des Marktes im Rahmen von Projekten – Geldbußen – **Verteidigungsrechte** – Akteneinsicht – Grundsatz der Unschuldsvermutung – Verfälschung von Beweisen

[28.11.2019, Rs C-722/18, KROL](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Bekämpfung von **Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr** – Richtlinie 2000/35/EG – Art 1 und Art 6 Abs 3 – Anwendungsbereich – Nationale Regelung – Durch die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds der Europäischen **Union finanzierte Geschäftsvorgänge** – Ausschluss

[28.11.2019, Rs C-653/19 PPU, Spetsializirana prokuratura](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/343 – Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des **Rechts auf Anwesenheit** in der Verhandlung in Strafverfahren – Art 6 – Beweislast – Fortdauer der **Untersuchungshaft** einer beschuldigten Person

B. SCHLUSSANTRÄGE

[26.11.2019, Rs C-344/18, ISS Facility Services \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/23/EG – Art 3 Abs 1 – **Übergang von Unternehmen** – Wahrung von **Ansprüchen der Arbeitnehmer** – Öffentlicher Auftrag für Reinigungsleistungen – Vergabe der Lose des Auftrags an zwei neue Zuschlagsempfänger – Übernahme eines bei allen Losen des Auftrags eingesetzten Arbeitnehmers des ehemaligen einzigen **Zuschlagsempfängers** – Auswirkungen des Übergangs einer wirtschaftlichen Einheit auf zwei Erwerber

[26.11.2019, Rs C-610/18, AFMB ua \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Bestimmung des **anwendbaren Rechts** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 14 Abs 2 Buchst a – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 13 Abs 1 Buchst b – **Internationale Lastkraftwagenfahrer** – Gründung einer Gesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat – Begriff ‚Arbeitgeber‘ – Begriff ‚Rechtsmissbrauch‘

[26.11.2019, Rs C-717/18, Procureur-generaal \(Mandat d'arrêt européen contre un chanteur\) \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss des Rates 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Art 2 Abs 2 – Abschaffung der Überprüfung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit – Voraussetzungen – Straftaten, die im **Ausstellungsmitgliedstaat** mit einem Höchststrafmaß von mindestens drei Jahren bedroht sind – **Prüfung des Strafmaßes** nach dem Recht des Ausstellungsmitgliedstaats, das auf den Sachverhalt anwendbar ist, oder nach dem Recht, das zum Zeitpunkt der Ausstellung des Europäischen Haftbefehls gilt – Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Rechtssicherheit

[26.11.2019, verb Rs C-566/19 PPU u C-626/19 PPU, Parquet général du Grand-Duché de Luxembourg \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlagefrage – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Europäischer Haftbefehl – Ausstellende Justizbehörde – **Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft** – Von einem französischen Staatsanwalt ausgestellter Europäischer Haftbefehl – Staatsanwaltschaft, die einerseits für die Strafverfolgung und andererseits für die Kontrolle der **Ausstellungsvoraussetzungen** und der Verhältnismäßigkeit eines Europäischen Haftbefehls zuständig ist – Voraussetzung des Bestehens eines wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelfs gegen die Entscheidung über den Erlass eines **Europäischen Haftbefehls**

[26.11.2019, Rs C-625/19 PPU, Openbaar Ministerie \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlagefrage – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Ausstellende Justizbehörde – Von einem schwedischen Staatsanwalt ausgestellter Europäischer Haftbefehl – Voraussetzung des Bestehens eines **wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelfs** gegen die Entscheidung über den Erlass eines Europäischen Haftbefehls

[26.11.2019, Rs C-627/19 PPU, Openbaar Ministerie \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlagefrage – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Ausstellende Justizbehörde – Von einem belgischen Staatsanwalt ausgestellter Europäischer Haftbefehl – Voraussetzung des Bestehens eines **wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelfs** gegen die Entscheidung über den Erlass eines Europäischen Haftbefehls

[28.11.2019, Rs C-565/18, Société Générale \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – **Finanztransaktionssteuer** – Von in Italien ansässigen Gesellschaften **emittierte Aktien** oder andere Finanzinstrumente

[28.11.2019, Rs C-567/18, Coty Germany \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsmarke – Wirkungen der Marke – Rechte aus der **Marke** – Recht, Dritten zu verbieten, Waren zum **Zweck des Anbietens** oder **Inverkehrbringens** zu besitzen – Besitz von Waren durch einen Dritten, der über die Markenrechtsverletzung nicht in Kenntnis ist

[28.11.2019, Rs C-702/18 P, Primart/EUIPO und Bolton Cile España \(GA Bobek\)](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – **Anmeldung der Unionsbildmarke** PRIMART Marek Łukasiewicz – **Ältere nationale Marken** PRIMA – Art 8 Abs 1 Buchst b – Relatives Eintragungshindernis – Verwechslungsgefahr – Art 76 Abs 1 – Umfang der Kontrolle durch das Gericht

C. GERICHT

[28.11.2019, Rs T-323/16, Banco Cooperativo Español/CRU](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – **Einheitlicher Abwicklungsfonds** (SRF) – **Beschluss des SRB** über die im Voraus erhobenen Beiträge für das Jahr 2016 – Nichtigkeitsklage – Unmittelbare und individuelle Betroffenheit – Zulässigkeit – Wesentliche Formvorschriften – Feststellung des Beschlusses – Verfahren zum Erlass des Beschlusses

[28.11.2019, Rs T-365/16, Portigon/CRU](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – **Einheitlicher Abwicklungsfonds** (SRF) – **Beschluss des SRB** über die im Voraus erhobenen Beiträge für das Jahr 2016 – Nichtigkeitsklage – Unmittelbare und individuelle Betroffenheit – Zulässigkeit – Wesentliche Formvorschriften – Feststellung des Beschlusses – Verfahren zum Erlass des Beschlusses – **Begründungspflicht**

[28.11.2019, verb Rs T-377/16 ua, Hypo Vorarlberg Bank/CRU](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – **Einheitlicher Abwicklungsfonds** (SRF) – **Beschluss des SRB** über die im Voraus erhobenen Beiträge für das Jahr 2016 – Nichtigkeitsklage – Unmittelbare und individuelle Betroffenheit – Zulässigkeit – Wesentliche Formvorschriften – Feststellung des Beschlusses – Verfahren zum Erlass des Beschlusses – Begründungspflicht – Zeitliche Beschränkung der **Urteilstwirkungen**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

21.11.2019, Beschwerde Nr [47287/15](#), *Ilias und Ahmed / Ungarn* (GK)

Verletzung von Art 3 EMRK (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); Aufenthalt von **Asylsuchenden** (Bf) in der **Transitzone** eines Flughafens und anschließende Ausweisung nach Serbien; keine Berücksichtigung der Risiken für die Bf bei einer Ausweisung nach Serbien und bei einer möglichen **Kettenabschiebung nach Griechenland**; Verletzung von Art 3 EMRK; die Bf erhielten jeweils eine Entschädigung iHv EUR 5.000,--

21.11.2019, Beschwerde Nr [61411/15](#), Z.A. ua / *Russland* (GK)

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **unfreiwilliger Aufenthalt** von Asylsuchenden (Bf) in einer **Transitzone** des Flughafens für einen langen Zeitraum (zwischen fünf Monaten und zwei Jahren) unter **schlechten Bedingungen**; keine Einhaltung der nationalen Rechtsvorschriften über die Aufnahme von Asylwerbern; die Bf erhielten Entschädigungen iHv EUR 15.000,-- bis zu 26.000,--

26.11.2019, Beschwerde Nr [29088/08](#), *Savenko (Limonov) / Russland*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsäußerungsfreiheit); **Verurteilung** des Bf wegen **Verleumdung** des ehemaligen Bürgermeisters; keine Berücksichtigung des Umstands, dass die Bemerkungen des Bf im Rahmen einer Debatte über Fragen des öffentlichen Interesses gemacht wurden; **Politik** müsse ein höheres Maß an **Kritik akzeptieren**; des Weiteren war der Betrag des Schadensersatzes zu hoch

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.